

Politische Tagesübersicht.

Aus der Diplomatie. Der russische Gesandte in Berlin hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Legationsschatzmeister die Geschäfte der Gesandtschaft. — Der kubanische Gesandte de Agüero y Bethancourt ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Eine Vorgesandtschaft des Bundes zur Erneuerung des Reiches. Der Bund zur Erneuerung des Reiches hat, wie er uns mitteilt, den ersten Schritt seiner Arbeit beendet und wird im Laufe der nächsten Woche der Öffentlichkeit eine umfangreiche Programmübersicht übergeben. Die auch zu allen gelegentlich der vorgelegten Veröffentlichung der Beiträge erhobenen Einwendungen ausführliche Stellung nimmt.

Das Reichstagesprogramm. Das Politische Büro der Kommunistischen Partei Deutschlands beschloß laut Roter Fahne, eine Erklärung von W. Ritzler über das Reichstagesprogramm zu veröffentlichen, worin diese ihre Zustimmung zu dem Beschluß des Reichstages über den Fall Thälmann u. Gen. ausdrücken und erwarten, daß der Reichstageskomitee in Reaktion die Rechte des Reichstages vorantreibt, die die Rehabilitierung Thälmanns und die Wiederherstellung der Rechte der drei Hamburger Funktionäre bedeutet.

Was einer starken deutschen Flotte? Die Reuter aus Shanghai meldet, daß der zweite Geschwader der chinesischen Marine gegenwärtig achtzigtausend Mann aus. Der kommandierende Admiral erklärte, der Bau einer starken chinesischen Flotte sei eine Notwendigkeit. Die Kanting-Regierung plant, eine Flottenbasis zu bauen und eine moderne Marineakademie zu errichten.

Zusammenkunft der Kommission für die Berechnung der Kosten des Besatzungsheeres. Am 8. Oktober wird im Friedenspalast die Internationale Kommission für die Auslegung der finanziellen Regelung der Besatzungen aus Art. 9-12 des Versailler-Vertrages zusammengetreten. Die Kommission besteht aus je einem Vertreter der belgischen, britischen und französischen Regierungen und zwei Vertretern der deutschen Regierung. Sie hat den Auftrag, in lechter Instanz über die Meinungsverschiedenheiten zu entscheiden, die über die Berechnung der Kosten der Besatzungsarmee entstanden sind. Die Presse ist zu den Verhandlungen nicht zugelassen.

Katzenpöbel Demonstrationen in Polen. Der polnische Verband zum Schutze der Westmarken (Westmarkenverein) veranstaltet am nächsten Sonntag in einer Reihe polnischer Städte Kundgebungen gegen Deutschland. Die Kundgebungen sollen insbesondere gegen die Ansprache Hindenburgs in Oberschlesien gerichtet sein. Verbunden sind die Demonstrationen mit einer Sammlung für die polnischen Schulen in Deutschland. Der Westmarkenverein will diesmal auch in Warschau, wo er bisher nicht hervorgetreten ist, eine Demonstration veranstalten.

Deutsch-litauische Arbeiterkammer-Verhandlungen. Die abschließende Abordnung, die mit dem Deutschen Reich über den gegenseitigen Arbeiterkammer-Verbandeln soll, ist am Donnerstag nach Berlin abgereist. Es handelt sich vor allem um die im Ruhrgebiet in den vier Jahren angekauften 80.000 litauischen Arbeiter, denen die den reichsdeutschen Arbeitern in Schlämmer einräumten Minderheitenrechte gewährt werden sollen. In erster Linie sollen die litauischen Arbeiter bei Auswanderung oder Betriebsunterbrechungen jenseitigen Schutz und jene materielle Unterstützung genießen, die die deutschen Arbeiter in Schlämmer erhalten. Es soll ihnen auch gestattet werden, litauische Volksschulen zu unterhalten.

Um die Preußenkoalition.

Abd. Berlin. In der Frage der Erweiterung der preussischen Regierungskoalition ist am Freitag insofern ein neues Stadium zu verzeichnen, als zum ersten Male seit dem Kollaps dieser Koalitionswünsche der preussische Ministerpräsident Dr. Braun mittags im Landtag erschien, um mit Vertretern der Regierungsparteien Vorbesprechungen über diese Angelegenheit zu führen. Selbstverständlich ist dabei noch nichts Endgültiges beschlossen worden, doch verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß in der nächsten Woche die Regierungsparteien in einer gemeinsamen Sitzung, wahrscheinlich bei Anwesenheit des Ministerpräsidenten, sich über die Umbildung in den einzelnen Ressorts unterhalten werden. Es ist zweifellos, daß die Schwierigkeiten in der preussischen Regierungsbildungsfrage noch am gar nichts gemindert sind. Man kann bei dieser Gelegenheit die Auffassung sozialdemokratischer Kreise in Erinnerung bringen, daß, wenn erst einmal die Ministerposten in Preußen neu verteilt werden, die Sozialdemokratie als stärkste Regierungspartei eine partielle Teilnahme am Kabinett erstreben, d. h. anstatt der bisher von ihr besetzten zwei Ressorts noch ein weiteres beizutreten. Da bezweifellos auf der anderen Seite auch die übrigen Koalitionsparteien nicht leichten Herzens einen ihrer Minister aus dem Amte zurückziehen möchten, ist die Frage noch immer offener, wo denn nun für den neuen Koalitionsgenossen die Deutsche Volkspartei, die im Preußenkabinett geschaffen werden soll. In diesem Zusammenhang ist der Name des Kultusministers Dr. Becker als bestmöglicher genannt worden, bei sich in der Zukunft mit der Ausübung seines Landtagsmandats begnügen würde, so daß die Volkspartei Gelegenheit haben würde, wieder ihren früheren Kultusminister, Dr. Voell, in Vorschlag zu bringen. Freilich hat das alles bisher nur Vermutungen, wie sie in parlamentarischen Kreisen zirkulieren. Die dem Reichstagspräsidenten des Reiches Dr. Brüning übermittelte, gemeldet wird, hat nicht einmal der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien, der am Freitag im Landtag zusammentrat, sich mit der Koalitionsfrage beschäftigt. Es ist am besten Fall mit einem raschen Ausgang der Regierungsbildung in Preußen zu rechnen.

Ziel erachtet wird auch in diesem Zusammenhang die Frage des Preussischen Landtages. Doch kann auch hier, wie das Reichstagsbüro weiter berichtet, nur langsam wieder gefaßt werden, daß einmal der Landtag der Preussenregierung, seine Schlußfragen in die Vereinbarung mit der Kurie hineinzunehmen, ungenügend beachtet und daß im übrigen, wie bereits gemeldet, das Kabinett am nächsten Dienstag mit dieser Frage sich beschäftigen wird. Die Demokraten haben ausdrücklich erklärt, daß die Regierungsbildung unrichtig sein, wonach sie einem Konföderat zustimmen würden, durch das die staatlichen Schulrechte beibehalten würden.

Forderungen des VVN-Kongresses.

Abd. Der VVN-Kongress in Hamburg, der Donnerstag des Allgemeinen freien Arbeiterbundes, der jetzt seinen Abschluß gefunden hat, nahm einstimmig drei Entschlüsse an: 1. Die Forderung der Wahrung der Arbeitslosenversicherung und der Bildung von Arbeitslosenvereinen. 2. Die Forderung der Wahrung der Arbeitslosenversicherung und der Bildung von Arbeitslosenvereinen. 3. Die Forderung der Wahrung der Arbeitslosenversicherung und der Bildung von Arbeitslosenvereinen.

Montag Vertikalfahrt des „Graf Zeppelin“.

Friedrichshafen. (Funkpruch.) Vom Sonderberichterstatter des VVN: Am Lustig ist augensichtlich die Auffassung des Grafen im Gange. Der Bericht ist dadurch verfehlt worden, daß der Luftschiffbau bei einer Fahrt in Richtung einige Ergänzungsmengen bestellt hat. Die Umänderungen an den Luftschiffkörpern der Vertikalfahrt sind noch nicht abgeschlossen. Dr. Scherer hat bereits die nötige Vertikalfahrt für Montag angeordnet. Sie wird wahrscheinlich nachmittags stattfinden und hat den Zweck, vor allen Dingen die Feilungsversuche zu Ende zu führen.

Für Mittwoch ist das Schiff dann klar für die Amerika-Fahrt. Ob sie am Mittwoch angetrieben werden kann, hängt natürlich vom Wetter ab, dessen Entwicklung sich im Augenblick noch nicht beurteilen läßt. Neben dem Ocean steht es recht ungewiß aus. Während über Südamerika ein stabiles Hoch steht. Bis Mittwoch kann sich aber nach Ansicht der Sachleute noch alles ändern.

Für die Montag-Fahrt hat sich der preussische Innenminister Orzeszinski angemeldet. Die hier verlautet, ist es möglich, daß er als Vertreter des Reichsrates an der Amerika-Fahrt teilnimmt. Man rechnet auch damit, daß die 3 Plätze des Reichsverkehrsministeriums so besetzt werden, daß außer Ministerialdirektor Brandenburg zwei Reichstagsabgeordnete mitfahren. Weiter haben sich zahlreiche Amerikaner um einen Passagierplatz bemüht; voraussichtlich wird Dr. Scherer aber nur drei mitnehmen können. Beste Abmachungen bestehen mit dem Textilindustriellen Dr. Robert Meiner aus Mannheim bei Remagen, der sich augensichtlich in Heidelberg aufhält, und dem Primarier Friedrich Giffels, der ebenfalls Amerikaner ist und in Bayern lebt. Ob der bekannte Millionär W. B. Reich mitfährt, ist noch fraglich, weil er krank ist; vorläufig wird sein Platz jedenfalls offengehalten. Auch Graf Brandenburg-Zeppelin, der Schwiegerohn des Grafen Zeppelin, wird an der Amerika-Fahrt teilnehmen.

Das englisch-französische Marinekompromiß.

Paris, 5. Oktober. In halbamtlichen Pariser Kreisen wird erklärt, daß die Veröffentlichung des vorläufigen des englisch-französischen Flottenabkommens nicht vor dem 10. Oktober erfolgen werde. In dem Abkommen sei lediglich die gemeinsame Auffassung der englischen und der französischen Regierung in der Frage der Rüstungsbeschränkung zur See niedergelegt. Diese Gemeinsamkeit der Auffassungen lasse aber die Möglichkeit späterer Veränderungen offen. Es liege auf der Hand, daß ein allgemeines Abkommen nicht durch die Auffassung einer einzelnen Macht oder Rüstungsgruppe bestimmt werden könne, sondern daß das endgültige Abkommen nur um den Preis von gegenseitigen Zugeständnissen verwirklicht werden könne.

In diesem Zusammenhang veröffentlicht das Echo de Paris „so getreu wie möglich“ den Inhalt der drei Noten, die über das Abkommen zwischen Frankreich und England gemittelt worden sind. Es handelt sich erstens um eine Note, die dem Quai d'Orsay am 28. Juni von dem englischen Vizeadmiral Lord Crewe überreicht worden ist, zweitens um die Antwort des französischen Außenministeriums vom 20. Juli und drittens um die Antwort der britischen Regierung vom 28. Juli 1928.

Die englische Note vom 28. Juni beschäftigt sich mit der dem Vertreter Englands in der vorbereitenden Abrüstungskommission durch seinen französischen Kollegen Paul Boncour unterbreiteten Anregung, nach der alle die mit über sechszigtausend Tonnage betragenden Oberwasserfahrzeuge Rüstungsbeschränkungen unterworfen sein sollten. Wenn diese Anregung angenommen würde, so heißt es in der Note u. a. weiter, so würden jetzt vier Schiffeklassen seiner Beschränkung unterworfen sein:

- 1. Kreuzer erster Ordnung, 2. Flugzeugmuttergeschiffe, 3. Kreuzer von 10.000 Tonnage, 4. Landboote.

Das Washingtoner Abkommen von 1922 habe auf die Klassen 1 und 2 Anwendung. Aufgabe der vorbereitenden Kommission sei es, diese Abkommen auf die kleinen Flottenmächte auszuweiten und sich mit den Klassen 3 und 4 zu beschäftigen. Die britische Regierung habe die obige Anregung akzeptiert und sei bereit, sie anzunehmen. Wenn die französische Regierung ihren Vertretern in der vorbereitenden Kommission sei es, dieses Abkommen auf die kleinen Flottenmächte zu übertragen, so würde das der britischen Regierung erheblichen, ihren Widerstand gegen die französische Forderung

in der ausgebildeten Reserve des französischen Heeres zurückzuführen.

französischen Antwort vom 20. Juli

heißt es u. a., daß Briand von englischen Vorschlägen, der besonders, soweit er sich auf die Reserve der französischen Armee bezieht, akzeptiert wird, Kenntnis genommen habe. Briand hätte jedoch vorgezogen, wenn England sich dem französischen Übergangsvorschlag anschloße, der im März 1927 der vorbereitenden Abrüstungskommission unterbreitet worden sei. Er sei jedoch bereit, dem Abkommen beizutreten, solange aber, daß die britische Regierung drei dem Admiral Keppel von dem Generalstabchef der französischen Marine Admiral Violette unterbreitete Forderungen in Erwägung ziehe. Danach solle für die 10.000-Tonnen-Kreuzer eine gleiche Höchsttonnage allen Mächten zugestimmt werden. Jede Macht solle sich verpflichten, vor bis zu der durch ihre Bedürfnisse bestimmten Tonnagehöhe Schiffe zu bauen. Die gleiche Regel wolle auf Unterboote angewendet werden. Nur die Unterboote über 600 Tonnage sollten beschränkt werden. Briand schloß weiter vor, Amerika, Italien und Japan entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Er sei der Ansicht, daß die Mächte die Vorschläge annehmen würden. Sollte dies aber nicht der Fall sein, so anzunehmen würde ein gebietliches Bedürfnis, daß die Zusammenarbeit der beiden Regierungen fortzusetzen, um entweder ein Abkommen auf anderem Wege zu sichern oder den aus einem Mißerfolg entstehenden Schwierigkeiten zu begegnen.

In der britischen Note vom 28. Juli endlich wird erklärt, daß es der britischen Regierung lieber wäre, wenn man sich an die erste Anregung gehalten hätte. Trotz Zweifels an der Rechtsgültigkeit der von Admiral Violette gestellten Unterbreitung zwischen Offensiv- und Defensivabteilungen trete sie dem Standpunkt der französischen Regierung bei und sei der Ansicht, daß Italien und Japan eine Mitteilung gemacht werden sollte. In ihrem vierten und letzten Paragraphen zählt die englische Note fünf für Punkt des Programms der Rüstungsbeschränkungen zur See auf, aber daß sich die beiden Regierungen verständigt hätten.

Die Echo de Paris weiter berichtet, wurde nur der letzte Paragraph der englischen Note vom 28. Juli 1928 Washington, Rom und Tokio mitgeteilt. Dieser Paragraph bilde den Inhalt des Rundschreibens an die Vizeadmiral Frankreichs, das vom New York American vor einigen Wochen veröffentlicht wurde.

Baum genehmigt das Reichsverkehrsministerium die nächsten Luftverkehrsregeln.

Reipzig. Uns wird geschrieben: Bis heute liegt immer noch keine Nachricht darüber vor, ob und wann der Reichsverkehrsminister Herr Dr. G. m. b. H. der Betrieb der sächsischen Strecken Chemnitz-Berlin und Dresden am 1. Oktober 1928 in Betrieb gehen wird. Das Luftverkehrsministerium genehmigt werden wird. Das Luftverkehrsministerium genehmigt werden wird. Das Luftverkehrsministerium genehmigt werden wird.

Wenigstens die Maschinen der sächsischen Verkehrsleitung G. m. b. H. schon seit dem 30. des vorigen Monats in Betrieb berechneten, um neben der inzwischen in Betrieb genommenen Linie Dresden-Chemnitz-Planen-Harth-Rührberg auch diese beiden Strecken zu bestiegen, hat die Preussische Regierung, deren Stellungnahme das Reichsverkehrsministerium damals sofort erbeten hatte, überreicht noch nichts zu dieser Sache geklärt.

Die Tatsache, daß die beiden Linien immer noch nicht genehmigt worden sind, beweist aus neue, wie wenig zureichend es gewesen ist, daß man seitens gewisser Kreise seinerzeit hinsichtlich der Strecke Leipzig/Rodau-Berlin von sächsischem Parlamentarismus sprach, um die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit von den wirklichen Notwendigkeiten abulenken. Da es offensichtlich am Lande Preußen liegt, daß auch die Strecken Chemnitz-Berlin und Dresden-Berlin immer noch nicht in Betrieb sind, wird man nunmehr wohl mit vollem Recht von preussischem Particularismus reden können.

Das Reichsverkehrsministerium aber dürfte wohl in der Lage sein, zu einer schnelleren Entscheidung dieser schwebenden Angelegenheit beizutragen, zumal irgend eine nicht nach dem Luftverkehrsgebot mögliche Begründung für die Verzögerung der Betriebszulassung auch auf diesen beiden Linien nicht in Betracht kommen dürfte.

Der Separationsbericht für September 1928.

Berlin. (Tel.) Das Büro des Generalagenten für Reparationsangelegenheiten veröffentlicht eine Übersicht über die durchgeführten Zahlungen und den entsprechenden Transfer im September 1928. Danach betrug die Summe der durchgeführten Zahlungen (Beträge immer in Millionen Mark) 374,068. Davon betrug der Saldo für 31. August 189,488. Transfers wurden insgesamt vorgenommen in einer Höhe von 177,920. Davon entfielen auf Zahlungen in ausländischer Währung 85,000 und auf Zahlungen in Reichsmark 112,920. Besonders zu erwähnen sind dabei die internationalen Kommissionen 0,854, für Sachleistungen 107,007, für Reparationsleistungen 5,236, Darlehensleistungen 42,248 und Reparationen 33,004. Der Saldo für 30. September betrug 175,142.

Die vorgenannten Transfers verteilten sich auf die einzelnen Mächte wie folgt: Frankreich 116,546, Britisches Reich 40,037, Italien 11,900, Belgien 8,375, Jugoslawien 5,462, Vereinigte Staaten 5,588, Rumänien 1,707, Japan 0,418, Portugal 0,877, Griechenland 0,151, Polen 0,012.

Freie Einreise nach Spanien.

Nach höchst langwierigen und zum Teil sehr unerquidlichen Auseinandersetzungen ist es endlich den Bemühungen des deutschen Botschafters in Madrid gelungen, die Zulassung des spanischen Wismutwanges zwischen Deutschland und Spanien zu verwirklichen. Vom 15. Oktober dieses Jahres an ist für alle deutschen Reisenden ohne besondere Vorkehrungen und ohne jeden Wismutwanges die spanische